

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

49 (30.1.1919) Mittagausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitans größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen

Eigentum und Verlag von  
Werb. T. Biergarten.  
Chefredakteur: Albert Bergog.  
Verantwortlich für allem. Politik  
und Feuilleton: Anton Mubold,  
bad. Politik, Politik und allem.  
Teil: H. Frhr. v. Seidenberg, bad.  
Chronik u. Sport: H. Goldrauer,  
für den Anzeigenteil: H. Winkler,  
wader, sämtl. in Karlsruhe 7, 2.  
Berliner Vertretung: Verisa W. 10.

Anzeigen.  
Die Spalten. Kolonialzeitung 30 Pfg.  
Die Kolonialzeitung 1 Mk., Kolonial  
an 1. Stelle 1,25 Mk. die Zeile,  
außerdem 30 Pfg. Anzeigenausgaben  
bei Abrechnungen nachfolgender Art, bei  
den Nichtentnahmen der Zeilen, von gericht-  
lichen Entscheidungen nach 30. Januar  
über Nacht.

Bezugs-Preise:  
Abg. A ohne Post. Badische  
Ausg. B mit Post. Badische  
In Karlsruhe: 1,22 1,42  
Im Verlage abgeholt 1,25 1,55  
in d. Weichseln 1,25 1,55  
frei ins Haus ge- 1,25 1,55  
liefert.  
Auswärts: bei Ab-  
holung a. Postämtern 1,22 1,42  
Durch d. Briefträger  
tägl. 2 mal ins Haus 1,40 1,67  
Einzelnummer . . . 10 Pfg.  
Geschäftsstelle:  
Biele- und Kammer-Str. nach  
Kaiserstraße und Marktplatz.  
Verlag: Karlsruhe Nr. 359.

Nr. 49. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 30. Januar 1919. Telefon: Redaktion Nr. 209. 35. Jahrgang.

## Eine Abjage der Reichsregierung an die Berliner A- und S-Räte.

WTB. Berlin, 30. Jan. In einer der letzten Sitzungen des  
Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war ein  
Entwurf des Reichsregierens angenommen worden, der die Reichsregierung auf-  
forderte, sich vor einer Verammlung der gesamten Arbeiter- und  
Soldatenräte Großberlins, sowie der kommunalen Arbeiter- und  
Soldatenräte über die Vorgänge in der Kronenwoche zu rechtfertigen.  
Die Reichsregierung hat es abgesehen, dieser Aufforderung Folge zu  
geben. Sie sandte an den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und  
Soldatenräte das nachstehende Schreiben:

Berlin, den 29. Januar.  
An den Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin,  
Abgeordnetenhaus.

„Auf Ihr Schreiben vom 23. Januar teilten wir Ihnen mit, daß  
wir bei Einleitung der auf den 31. Januar festgesetzten Verammlung  
der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Großberlins, sowie  
bei dem Zwangsbesuche Großberlins angeschlossener Kommunen  
gewählten Arbeiterräten zu unserm Bedauern nicht folgen können.  
Nach den Beschlüssen der Rätekonferenz sind wir für unsere  
Tätigkeit den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten nicht verant-  
wortlich. Der hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem  
Zentralrat übertragen, in dessen Einvernehmen wir bei den Maß-  
nahmen zur Herstellung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben.  
Schon deshalb können wir einer Aufforderung der Berliner Arbeiter- und  
Soldatenräte zu mündlicher Berichterstattung über unsere Tätigkeit  
nicht entsprechen. Ein solches Verfahren wäre auch praktisch unüber-  
führbar, denn mit dem gleichen Recht wie Berlin könnten auch andere  
Orte uns zu mündlicher Berichterstattung auffordern. Dazu kommt,  
daß wir in den folgenden Tagen mit unangenehmen Vorbereitungen  
für die Nationalversammlung nach in Anspruch genommen sind. Wir  
sind deshalb gezwungen, uns zu der aufgeworfenen Frage schriftlich  
wie folgt zu erklären:

„Vorweg ist zu dem Entwürfe des Reichsregierens zu bemerken, daß Militär-  
einsetzung, was wohl beabsichtigt war und daß eine solche nicht besteht. Die  
Veranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem  
Zentralrat angeordnet worden, damit die öffentliche Sicherheit in  
Berlin wiederhergestellt werde. Das lag nicht nur im Inter-  
esse der Berliner Bevölkerung, sondern war auch durch die Reichs-  
regierung unbedingt geboten. Daher sind auch die Kosten für die  
militärischen Maßnahmen auf die Reichskasse übernommen worden.  
Die Veranziehung der Truppen erfolgte, wie es bei allen mobilen  
Formationen üblich ist. Nachdem in Berlin wieder eine leidliche öffent-  
liche Sicherheit eingetreten ist, wurden auch die Truppen nach weis-  
ten größtem Teil von Berlin zurückgezogen. Die Reichsregierung:  
Eberl, Scheidemann.“

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Das Völkerverbundprojekt Wilsons.  
D. Haag, 30. Jan. (Privattele.) Der „Holländische New  
Courant“ erfährt aus Paris, daß heute oder morgen das Völk-  
terbundprojekt des Präsidenten Wilson in allen  
Einzelheiten bekannt werden wird. Der Präsident legte  
Wert darauf, die besten Kräfte Europas zu hören, bevor das  
endgültige Projekt Amerika bekannt gegeben wird.  
Ueber die deutschen Kolonien.

WTB. Berlin, 30. Jan. Obwohl die Meldungen aus Paris  
in der ausländischen Presse über die Absichten des Ententes inbezug  
auf die deutschen Kolonien keinerlei antiken Charakter haben,  
lassen sie doch, wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ barbamitisch schreibt,  
mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß bei führenden britischen  
und französischen Staatsmännern die Absicht besteht, eine Wieder-  
einziehung Deutschlands in seine Kolonien zu verhindern. Dem-  
gegenüber muß die deutsche Regierung erneut darauf hinweisen,  
daß die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der Kolonialfragen auch  
von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen worden seien.  
Für Deutschlands Anschluß zum Kolonialbündnis liegt, wie  
es weiter heißt, keinerlei Grund vor. Die Behauptung, Deutsch-  
land wolle seinen kolonialen Besitz zu A-Postkolonien und Flot-  
tenstützpunkten denühen, entbehrt jeder Begründung. Die Mel-  
dungen ausländischer Blätter, daß auch Präsident Wilson dem Vor-  
schlage der Alliierten, das deutsche Volk vom Kolonialbesitz aus-  
zuschließen, zugestimmt habe, dürfte nicht den Tatsachen entsprechen.  
Es ist nicht anzunehmen, daß Präsident Wilson seine eigenen Grund-  
sätze preisgibt.

## Das japanische Friedensprogramm.

WTB. Paris, 29. Jan. (Agence Havas.) Der „Matin“ glaubt  
zu wissen, daß das japanische Kabinett das von Baron Makai formu-  
lierte Friedensprogramm billigt. Dieses Programm enthält neun  
Punkte. Der erste Punkt betrifft das westliche Europa, das Westan-  
den und die arabischen Kolonien. Japan ist in enger Ueberein-  
stimmung mit den Alliierten Englands, Frankreichs und Amerikas.  
Der zweite Punkt betrifft Deutschland und Rußland. Japan wird  
eng mit Frankreich und England zusammenarbeiten. Der dritte  
Punkt bezieht sich auf die Frage der Entschädigungen und Wieder-  
herstellung. Japan stellt die Frage der Entschädigung der Friedens-  
konferenz anheim.

Viertens: Das Schicksal der Samoainjeln wird in Ueberein-  
stimmung mit England und den Vereinigten Staaten geregelt werden.  
Fünftens: Australien erhält Neu-Guinea. Sechstens: Der Archipel  
der Karolinen, Marolinen und Marianen-Inseln wird unter die  
Kontrolle Japans gestellt. Siebentens: Singapur, der Hafen von  
Kanton und die Eisenbahn von Kanton nach Japan bekommen.  
Achtens: Japan wird weiter sich mit den Alliierten verständigen be-  
züglich der Aufrechterhaltung der Ordnung in Ostasien. Keine Macht  
soll eine Vorzugsstellung einnehmen wegen der in diesem Lande zu  
erwerbenden Konzessionen. Neuntens: Das Prinzip der offenen  
Tür in China wird aufrechterhalten, da Japan an der Aufrechterhal-  
tung des Friedens im fernem Osten interessiert ist.

## Die Behandlung Serbiens durch die Entente.

WTB. Bern, 29. Jan. „Journal de Genève“ meldet die aber-  
malige Verhöhnung der Berliner Welle des Prinzregenten Alexander  
von Serbien, die ihre Ursache darin hat, daß er nicht in seiner Eigen-  
schaft als Staatsoberhaupt anerkannt werden könne, da der jugosla-  
wische Staat ebenfalls noch nicht anerkannt sei. Der Prinz könne sich  
also nur infolge der Rosiererei nach Paris begeben.

## Norwegische Forberzung an Deutschland.

— Berlin, 30. Jan. Wie der „West. Ztg.“ berichtet wird,  
fordert der norwegische Steuerministerium, daß Deutschland für  
jeden während des Krieges geleisteten Steuermann 80 000 Kr.  
zahlen solle. Bevor diese Schuld bezahlt sei, sollten die nor-  
wegischen Seeleute keine Lebensmittel nach Deutschland fahren.  
Die französische Arbeiterschaft gegen einen  
Gewaltfrieden.

— Sch. Genf, 30. Jan. (Privattele.) „Humanité“ meldet:  
Die französische Arbeiterschaft demonstrierte kom-  
mendenden Sonntag in mehr als 800 Versammlungen  
innerhalb Frankreichs gegen einen Gewaltfrieden  
und für einen beschleunigten Friedensschluß.  
Die Engländer in Solingen.

— Solingen, 28. Jan. (Tel.) Die „Köln. Volksztg.“ meldet  
von hier: Das Blatt der Arbeiterschaft, die „Arbeiterstimme“  
wurde von der britischen Behörde auf unbestimmte Zeit ver-  
boten, weil es die britischen Zensurvorschriften nicht berücksich-  
tigt. In einem Artikel hatte die Zeitung zum Gewaltfrieden  
aufgefordert. Der als Kommunist bekannte Redakteur M. Ziel  
und andere führende Genossen wurden verhaftet und werden  
sich demnächst vor dem britischen Kriegsgericht zu verantwor-  
ten haben.

## Graf Hertling jr. gegen Ludendorff.

D. Berlin, 30. Jan. (Privattele.) Der Sohn des verstor-  
benen Reichszanzlers, Rittmeister Graf Hertling, wendet sich  
in einer Zuschrift an die „Germania“ gegen die in der Offent-  
lichkeit aufgestellte Behauptung, die Oberste Heeresleitung habe  
unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling zweimal die  
Reichsregierung aufgefordert, Frieden zu schließen.

Graf Hertling jr. erklärt, er sei über alle Besprechungen  
der Obersten Heeresleitung mit der Reichsleitung informiert  
und er könne feststellen, daß weder im Mai, noch in der ersten  
Hälfte des August an seinen Vater von der Obersten Heeres-  
leitung die Aufforderung oder Mahnung ergangen sei, unter  
Verzicht auf irgend welche Friedensziele an den Friedensschluß  
zu denken.

Die „Germania“ fügt hinzu, Rittmeister Graf Hertling  
werde die ganze Angelegenheit ausführlich in den Erinne-  
rungen an die Kanzlerschaft seines Vaters behandeln, mit deren  
Herausgabe er jetzt beschäftigt sei.

## Zur Lage im Osten.

Deutsche Erfolge in Ostpreußen und Westpreußen.  
— Berlin, 30. Jan. An verschiedenen Stellen Ostpreußens  
und Westpreußens haben, nach dem „Vol. Anz.“ Kämpfe mit  
Polen stattgefunden, die für die deutschen Truppen günstig ver-  
laufen sind. Als in Rumnsee zwischen Thorn und Rumn Truppen  
einrückten, wurden sie von der Bevölkerung mit Gewehr-  
feuer empfangen. Die Truppen besetzten die öffentlichen Ge-  
bäude und stellten die Ruhe wieder her. Die Polen hatten  
einige Verluste. Ueber Rumnsee wurde der Belagerungszustand  
erhängt.

## Polnische Verstärkungen.

Soh. Danzig, 30. Jan. (Privattele.) Aus Schaeibemühl  
wird gemeldet: An der polnischen Front sind polnische  
Regimenter mit reicher Artillerie eingetroffen. Die Wieder-  
aufnahme des Kampfes ist als unmittelbar bevorstehend an-  
zugehen.

## Sowjet und Spartakus.

o Basel, 30. Jan. (Privattele.) „Daily Mail“ meldet aus  
Petersburg indirekt: Im Sowjet machte der Volkskommissar  
für Petersburg bekannt, daß zwischen der Sowjetregierung und  
den Spartakusanhängern in Deutschland ein formelles Offen-  
feindbündnis abgeschlossen wurde. Außer Kappel wählten auch  
immer noch einige hervorragende Sowjetvertreter auf deut-  
schem Boden.

## Die Geschehnisse im Reich.

### Ein Geschenk über die Landfriedelung.

WTB. Berlin, 30. Jan. Nach Mitteilungen des Direktors  
der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung  
eines Geschenkwurfs über Landfriedelung bevor, wonach der  
Großgrundbesitz 10 Prozent seines Bodens abtreten muß. Fer-  
ner würden Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnlern ge-  
kauft seien, ebenso die, die in den letzten 20 Jahren den Besitzer  
mehrfach gewechselt hätten, ferner die schlecht bewirtschafteten  
und weiterhin die, deren Besitzer sie nicht selbst bewirtschaften,  
schließlich die aus Bauerntümern zusammengekauften.  
Günstigere Beurteilung der Lebensmittelpol.

— Sch. Berlin, 30. Jan. (Privattele.) Wie in den letzttägigen  
Beratungen der Reichsräten mit den Ernährungsstellen Preußens  
und des Reiches festgestellt werden konnte, reichen die Lebens-  
mittel bei ungehörter Zufuhr und einiger notwendig werdender  
Einsparungen bis gegen Ende April bzw. Mitte  
Mai. Man rechnet bis dahin dann mit der zugesagten Ernäh-  
rungshilfe der Entente.

### Vergrößerung des Kohlennot.

— Berlin, 30. Jan. Wie der „Vorwärts“ hervorhebt, hat der  
eingetretene Frost leider den Kohlentransport in Oberpreußen er-  
heblich gestört. Die Kohlennot erscheint dadurch vergrößert.

Auf dem Wege zur Reichseisenbahn.  
— Berlin, 28. Jan. Die Reichseisenbahnfrage dürfte auf dem  
Kongreß der deutschen Finanzminister in Weimar zur Entscheidung  
kommen. Wenn auch Bayern, wie immer, lebhaften Widerspruch er-

hebt, so ist doch ein großer Teil der Minister für den Uebergang der  
Eisenbahn auf das Reich. Diese Stellungnahme wird den Ministern  
dadurch wesentlich erleichtert, daß die Eisenbahnen seit 1—2 Jahren  
keine Ueberhöfungen mehr hatten, sondern nur erhebliche Frostbeträge,  
Selbstverständlich werden aber die Einzelstaaten für das rollende und  
feste Material, das bei dem Reich überweisen, Schadenersatz bezu-  
langen. (Südb. Ztg.)

### Neue Spartakusaktionen in Berlin.

— Berlin, 30. Jan. Wie der „Vol. Anz.“ berichtet, sollte  
gestern vormittag eine Abteilung des freiwilligen  
Korps Hülse zum Grenzschutz nach Oberpreußen  
verladen werden, als sie plötzlich von einer großen Abteilung,  
aufeinander wilder Soldaten, an der Abfahrt verhin-  
dert wurden. Als die Freiwilligen den anstehenden Neben kein  
Gehör schenkten, zogen die Aufrührer Revolver und schossen  
auf die Truppen. Hierbei wurden ein Unteroffizier und  
ein Mann getötet. Der Bahnhof wurde abgesperrt  
und telefonisch Abteilungen vom Landjägerkorps her-  
beigezogen.

### Zu den Unruhen in Wilhelmshaven.

WTB. Wilhelmshaven, 29. Jan. Wie über die Spartakus-  
unruhen noch ergänzend gemeldet wird, besetzten die Kommu-  
nisten am Montag morgen die öffentlichen Gebäude. In der  
Reichsbank erpreschten sie unter Gewaltdrohung zuerst 40 000  
und dann noch einmal eine Million Mark und brachten das  
geraubte Geld nach dem Hauptquartier der Spartakisten in die  
Laudenmannkaserne. Ein Automobil, welches verabschiedet  
abends 7 Uhr das Geld wieder abholen wollte, wurde  
beschoßen, worauf eine regelrechte Belagerung der Kaserne mit  
Maschinengewehren und kleinen Schiffschgeschützen begann. Um  
10 Uhr abends wurde das Geld bis auf einen Teil, der bereits  
unter die Spartakisten verteilt worden war, herausgegeben.  
Um 2 Uhr nachts erfolgte sodann die bedingungslose Uebergabe  
der Spartakisten. 500 Mann wurden in Haft genommen. Im  
Ganzen wurden 7 Personen getötet, darunter 2 Spartakisten  
und 2 Berufssozialisten und etwa 20 Personen verwundet. Au-  
ßerdem wurde ein Posten stehender Arbeiter von Berufssozia-  
listen erschossen, was eine Spannung zwischen diesen und den  
Werftarbeitern hervorrief.

Am 29. Januar früh haben die Post-, Telegraphen- und  
Eisenbahnbeamten ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es  
freuten sich die Räteischen Beamten in Münster und Wil-  
helmshaven. Sie fordern die Errichtung einer Bürgerwehr.

Sch. Bremen, 30. Jan. (Privattele.) Bürger- und Arbeiter-  
schaft von Wilhelmshaven erziehen die Reichsregierung um  
militärische Sicherheitsmaßnahmen gegen eine Wie-  
derholung der Spartakusputsche. Englische Kriegsschiffe  
kreuzen in Schweiß des Hafens.

### Die Dinge in Gotha.

WTB. Gotha, 29. Jan. Der Arbeiter- und Soldatenrat Gotha  
hat dieser Tage an Angehörige der unabhängigen sozialdemokra-  
tischen Partei Waffen verteilt, wegen der die deutschdemokratische  
Partei in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten  
in Berlin Protest erhob. Dieses Telegramm, das die zunehmende  
Brennhaftigkeit der Gothaer Bürgerwehr erwähnte und die dringende  
Bitte um Abhilfe enthielt, wurde von den beiden Jenzonen, die  
der Gothaer Rat der Volksbeauftragten auf dem hiesigen Tele-  
graphenamt eingeschickt hatte, aufgeschoben und später auf Befehl der  
Gothaer Volksbeauftragten dieser ausgeliefert. Dasselbe Schicksal  
erfuhr eine ähnliche Protestdepesche der deutschnationalen Volks-  
partei. Beide Proteste wurden jedoch der Regierung auf anderem  
Wege übermitteln. Die Gerüchte, daß es in Gotha zu Unruhen  
kommen sei, bekümmern sich nicht.

### Die Frage der rhein-westfälischen Republik.

D. Elberfeld, 30. Jan. (Privattele.) Die Frage der  
rhein-westfälischen Republik ist der Entschiedenheit so  
nahe gerückt, daß man näheres über ihre künftige Gestaltung mit-  
teilen kann. Die Frage der Abgrenzung des neuen Gebietes  
steht natürlich im Vordergrund. Wie die internationale Telegrafien-  
agentur aus bester Quelle zu melden weiß, wird man versuchen, so-  
fern wirtschaftlich und landwirtschaftlich eng zusammenhängende Gebiete  
zur neuen Staatseinheit zusammenzufassen. Rheinland-Westfa-  
len mit Einschluß von Ostpreußen und in Nord-, Hessen,  
Raffau, Nassau, die Pfalz im Süden und Sümpfen. Als  
Hauptstadt kommt Köln in Betracht. Ein derartiges Gebilde  
würde die Kraft in sich tragen, den neuen Staatskörper zur gesunden  
Entfaltung zu bringen. (Tägl. Rundsch.)

WTB. Berlin, 30. Jan. In Köln fand gestern abend er-  
stausserordentlich hartbesuchte Versammlung statt, in der Ab-  
ner aller Parteien sich energisch gegen eine Poslösung der  
Rheinlande von Deutschland erklärten.

### Die Nationalversammlung.

— Berlin, 29. Jan. Nach der „B. Z.“ beginnt die Präparati-  
on der deutschen Nationalversammlung am Donnerstag den  
6. Februar, mittags 1 Uhr. Man nimmt an, daß nach der Rede des  
Volksbeauftragten Eberl die Nationalversammlung sich zerlegen  
wird und daß die Fraktionen zusammenzutreten werden, um zu der  
Wahl des Präsidenten Stellung zu nehmen. Diese Wahl soll dann  
am Freitag vor sich gehen. Nach der Konstituierung sollen wiederum  
die Sitzungen übertragen werden, um bis zum Montag den neuen  
Fraktionen zu Beratungen über den Entwurf eines provisorischen  
Verfassungsgesetzes Zeit zu geben.

Die sachlichen Verhandlungen werden also vermutlich erst am  
Montag, den 10. Februar, beginnen und mindestens die ganze Woche  
dauern. Dann wird der Entwurf und ebenso Anträge und Vorschläge  
der Parteien an den Ausschuß überwiegen werden. Dieser Ausschuß  
wird den ganzen Februar hindurch bis in den März hinein beraten  
und erst nach Abschluß dieser Beratungen im März wird das Plenum  
wieder zusammentreten.

Die Regierung hofft, die Arbeiten der Nationalversammlung  
in mindestens 8 Wochen zu Ende führen zu können und unter allen  
Umständen nicht verzögert werden, vor Osters mit den übrigen Ar-  
beiten fertig zu werden.



Die vorläufige Reichsgewalt.

Der Entwurf.

Berlin, 29. Jan. Um den Indiskretionen ein Ende zu machen, die in den letzten Tagen auf unkontrollierbare Weise in die Presse gelangt sind, veröffentlicht die Regierung heute den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Dieser Entwurf ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommissionen hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Reichstages am Dienstag etw. Änderungen erfahren. Der Entwurf, der ebenso wie die Reichsregierung erhebliche Bedenken hat, wird laut „Mensch. Gen.-Anz.“, den Entwurf heute noch einmal durchberaten und dann erst endgültig Stellung zu ihm nehmen. Am Donnerstag wird er wegen der vorgenommenen Änderungen noch einmal den bundesstaatlichen Vertretern vorgelegt werden.

Der Entwurf lautet:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung, sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen an die Reichsregierung bedarf, unbeschadet des Absatzes 4, der Zustimmung des Staatenausschusses.

In dem Staatenausschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuss, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaats gleichkommt, einer vollen Stimme gleichberechtigt wird. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel der Stimmen vertreten sein. Demgemäß sind im Staatenausschuss vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 8, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 und die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Stimme.

Den Vorsitz im Staatenausschuss führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsch-Oesterreich sich dem deutschen Reich anschließt, so erhält es das Recht der Teilnahme im Staatenausschuss mit einer durch Gesetz festzustellenden Stimmenzahl, bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und dem Staatenausschuss nicht zustande, so kann jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die Ansichten ihrer Regierungen zu vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Freistaates kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommt ein Gesetz durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuss zustande. Ist eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21 bis 23 und 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechend Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat die Reichsinteressen zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu entsenden und zu empfangen. Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgewalt beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das deutsche Reich einem Bündnis mit dem Ziel des Ausschließes aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit dem Bündnis vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die, gemäß den Paragraphen 1-4 und 6 beschlossenen, Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Behörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Durchführung ihrer Gesetze der Nationalversammlung verantwortlich.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Neue Fehde gegen die Juden.

Wien, 29. Jan. Der „Wiener Mittag“ medelt aus Osim: In den letzten Tagen fanden in einzelnen Städten Böhmens neuerlich jüdenfeindliche Krawalle statt. Sonderbar ist, daß die Träger Tagespresse über diese Pogrome schweigt. „Pogor“ berichtet über die Auslösung der Juden in den mährischen Städten werde im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung noch in dieser Woche verhandelt werden.

Stärkung der Deutschen in Ungarn.

Budapest, 29. Jan. Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Kollektgesetz über die Auslösung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Ungarn sichert diesen bedeutende Rechte zu. Es verleiht ihnen hiernach volle Autonomie für Innenverwaltung, Rechtspflege und Unterrichtswesen. Die deutsche Sprache bleibt ihnen als Verkehrssprache zugesichert. Als gesetzgebendes Organ wird in autonomen Angelegenheiten eine deutsche Nationalversammlung fungieren. Hauptorgan der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

Aus Belgien.

Brüssel, 29. Jan. Der Nationalrat des Vereins der Ingenieure und Industriellen hat heute alle Mitglieder aus seinen Reihen gestrichen, die einer feindlichen Nationalität angehören. Der Verein belgischer Elektriker und die Unternehmerrereinigungen haben ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Aus der Schweiz.

Das Schweizer Proportionalwahlrecht.

Bern, 29. Jan. Nachdem im vergangenen Oktober das Schweizer Volk mit großer Mehrheit sich dafür ausgesprochen hatte, daß die Wahlen für den Nationalrat künftig nach dem Proportionalwahlrecht stattfinden sollen, beantragte der Bundesrat in der Bundesversammlung, daß die Neuwahlen in den Nationalrat statt erst im Herbst 1920 bereits schon im Frühjahr dieses Jahres vorzunehmen sind. Der Bundesrat ließ sich bei diesem Antrag von der Erwägung leiten, daß in diesen Zeiten außerordentlicher gesetzgeberischer Tätigkeit in welcher die politischen Geschehnisse der Schweiz auf längere Zeit hinaus bestimmt werden, alle Gruppen des Volkes zur Mitarbeit herangezogen werden sollen.

Der Nationalrat, der sich heute mit der Vorlage des Bundesrates beschäftigte, schloß sich fast einstimmig dieser Auffassung des Bundesrates an, daß die Neuwahlen vorgeschoben werden sollen, beschloß

aber, diese Neuwahlen nicht bereits im Frühjahr, sondern erst im Herbst vorzunehmen, sobald der neu gewählte Rat zum ersten Mal im Dezember dieses Jahres zusammentreten wird.

Aus Baden.

Karlsruhe, 29. Jan. Es ist in den letzten Tagen die Frage erörtert worden, ob die Minister Dietrich und Dr. Haas, die im Besitz von Doppelmandaten sind, das eine oder andere Mandat niederlegen werden. Wichtig ist, daß beide Herren den zuständigen Parteinstanzen ihre Landtagsmandate und Ämter zur Verfügung gestellt haben. Diese Frage wird den Engeren Ausschuss der Demokratischen Partei, der am Samstag in Karlsruhe zusammentritt, beschäftigen. Die Mitteilungen, die über die Lösung der Frage verbreitet sind, entsprechen nicht den Tatsachen.

Karlsruhe, 29. Jan. Der vorläufige Engere Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden tritt am nächsten Samstag hier zu einer Sitzung zusammen.

Karlsruhe, 29. Jan. Die heutige Landesversammlung der Vertrauensmänner und Frauen der Deutsch-Nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) war von über 200 Delegierten aus allen Landesteilen besucht. In 4 1/2stündiger Aussprache wurde über alle vorliegenden Punkte der Tagesordnung eine völlige Uebereinstimmung erzielt. Zum 1. Vorsitzenden wurde der frühere Minister Dr. Walther Dringer, zu seinem Stellvertreter der Abg. Gubernator-Hofheim, zum Schriftführer Freiherr Albrecht v. Göler, zum Kassierer Kaufmann Mühl-Mannheim, zum Beisitzer der frühere Reichstagsabgeordnete Kapp-Reihen und Kreisrat v. Nasschall gewählt. In den Engeren Ausschuss wurden die Kreise Karlsruhe, Mannheim und Freiburg je 6 und Konstanz 3 Vertreter. Im Laufe der Sitzung wurden Organisationsfragen eingehend erörtert und die Errichtung einer Landesgeschäftsstelle in Karlsruhe beschlossen. Auch die Pressefrage wurde in befriedigender Weise erledigt.

Änderung des Wa ltergebnisses im 4. Wahlkreis Mannheim.

Karlsruhe, 30. Jan. Wie wir hören wird in der heutigen Sitzung der bad. Nationalversammlung von dem Wahlpriüfungsausschuss der Vorlag gemacht werden, die im 4. Wahlkreis Mannheim bei den Wahlen zur bad. Nat.-Versammlung für ungültig erklärten 1000 Stimmen, die der dem. Volkspartei zugesallen waren, für gültig zu erklären. Die Ungültigkeit der 1000 Stimmzettel war seiner Zeit deshalb ausgesprochen worden, weil die Zettel durch Umstellen von Ortsnamen einen Fehler erlitten. Wird die Nat.-Versammlung ebenfalls die Ungültigkeit aufheben, so wird die deutsch-natl. Volkspartei einen Sitz mehr (statt bisher sechs Sitze sieben) in der Nat.-Versammlung erhalten, und das Zentrum einen Sitz weniger (statt bisher 40 dann 39) bekommen. Die deutsch-natl. Volkspartei wird Kaufmann Mager-Feidelberg in die Nat.-Versammlung entsenden und vom Zentrum wird Schäffermeister Reinhard-Mosbad ausscheiden.

Verfassungsausschuss der Badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 29. Jan. Der Verfassungsausschuss setzte heute die Beratung des Verfassungsentwurfes fort.

§ 17 Abs. 1 wurde auf sozialdemokratischen Antrag einstimmig folgendermaßen gefaßt: „Das Recht der freien Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, sowie das Vereins- und Versammlungsrecht, sind gewährleistet und unterliegen den Reichs- und Landesgesetzen.“

§ 17 Abs. 2 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage: „Das Koalitionsrecht wird für jedermann anerkannt, insbesondere auch für die Beamten, Staatsarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten. Es steht unter dem Schutze der Verfassung.“ Bei dieser Bestimmung kam es zu einer eingehenden Aussprache, in der von sozialdemokratischer Seite das unbeschränkte Streikrecht der Beamten und Staatsarbeiter vertreten wird. Von dem Zentrum und der Demokratischen Partei wurden dagegen Bedenken geltend gemacht, die aus einer unbeschränkten Gewährung des Streikrechtes an solche, denen wichtige staatliche Betriebe anvertraut sind, erwachsen. Auf demokratischen Antrag wurden dem § folgende Sätze hinzugefügt: „Für die Angehörigen der bewaffneten Mächte gelten die besonderen Rechte und Landesgesetze. Für die Beamten und Staatsarbeiter wird das Nähere durch Gesetz geregelt.“ Der erste der beiden Sätze wurde einstimmig angenommen, der zweite mit 11 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. In dieser Fassung wurde der ganze Absatz mit 16 gegen 4 sozialdemokratische Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Bei § 18, der die Fragen der Gleichberechtigung und des Verhältnisses von Staat und Kirche behandelt, wurde von einem demokratischen Redner betont, daß die Pflege der Kulturorgane nach wie vor in der Hauptsache den Bundesstaaten hinterlassen bleiben müsse. Ein Zentrumredner schloß sich diesen Ausführungen an. § 18 Abs. 1 des Regierungsentwurfes der lautet: „Jeder Landeseinwohner genießt der ungeschützten Gleichberechtigung und in Ansehung der Art seiner Gottesverehrung des gleichen Schutzes.“ wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde § 18 Abs. 2 angenommen, wonach niemand, insbesondere auch kein Beamter oder Angehöriger der bewaffneten Mächte, zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen oder, wie ein Antrag des Zentrums hinfügte, von Erfüllung seiner religiösen Pflichten abgehalten werden darf.

Bei § 18 Abs. 3 begann die allgemeine Aussprache über das Verhältnis von Staat und Kirche, die von einem sozialdemokratischen Redner eingeleitet wird und am Donnerstag nach der Plenarsitzung fortgesetzt werden soll.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 30. Jan. Die vorläufige Regierung hat den Fortschrittler Karl Roth in Niedargemünd unter Verleihung des Titels Fortschrittler in den Ruhestand versetzt, ebenso Fortschrittler Karl Wittenmann in Durach, gleichfalls unter Verleihung des Titels Fortschrittler. Des weiteren enthält der „Staatsanzeiger“ eine Reihe Ernennungen und Beförderungen unter den höheren Fortschrittlern.

Karlsruhe, 30. Jan. Halbamtlich wird geschrieben: Nach einer Mitteilung der Landesvermittlungsstelle beim Statistischen Landesamt, ist nicht zu befürchten, daß, wie im letzten Späthjahr, bei Ausstellung der Saatkarten Verzögerungen eintreten werden, da die einzelnen Kommunalverbände ausreißend mit Saatkarten versehen sind. Erforderlichenfalls können solche unmittelbar bei dem Vertrauensmann der Reichsgeldstelle für den Saatkartenverkehr, Diplom-Landwirt Erich Herrmann (Adresse: Landesvermittlungsstelle beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe) angefordert werden.

Bretten, 29. Jan. In der Nacht zum Samstag konnte in Sprandel das Anwesen des Landwirts Otto Nagel vollständig nieder. Dabei wurde der Landwirt Gustav Nagel, ein Vater von sieben Kindern, von einem einfallenden Kamin erschlagen.

Heidelberg, 30. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Gärtner G. Fr. Hammel von Dietzhan, einen schwer vorbestrauten Gewohnheitsverbrecher, zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus.

wel er einen Sarg erbrochen und daraus Kleidungsstücke entwendet hatte.

Kehl, 28. Jan. Aus den Gemeinden der Umgegend wurden neue Erkrankungen an den Borden gemeldet. So wurde die 42jährige Kreszientia Kofler in Honau von der Krankheit befallen; auch in Marlen treten die Borden sehr stark auf.

Willingen, 30. Jan. Die Generaldirektion der bad. Staats-eisenbahnen hat angeordnet, daß im kommenden Frühjahr zur Behebung der Wohnungsnot im südl. Stadteil 20 Wohnhäuser erstellt werden.

Willingen, 30. Jan. In einer der letzten Nächte wurden in einer heftigen Unruhsfabrik sechs Treibriemen entwendet. Der Täter wurde in der Person eines Soldaten verhaftet, dem die Treibriemen wieder abgenommen werden konnten.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 30. Januar.

Geh. Oberbaurat Hermann Stolz. Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, wird das Kollegialmitglied der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Geh. Oberbaurat Hermann Stolz, in den Ruhestand treten. Geh. Rat Stolz steht seit 52 Jahren im höchsten Staatsdienst und zählt zu den hervorragendsten Beamten der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Er war 1866 zu dieser Behörde gekommen, der er fast die ganze Zeit seiner erprießlichen Wirksamkeit angehört.

Zum Kommandanten der bad. Landespolizeitruppe Karlsruhe (3. Distrikt) wurde durch die badische vorläufige Volksregierung der Vorstand des Versorgungsamts 14. Armeekorps, Oberstleutnant Maas, ernannt.

Militärische Grenzpatrolle. Die im Laufe des Krieges verhängten Grenzpatrollen gegen spionageverdächtige Personen und sonstige unzuverlässige Personen sind allgemein aufgehoben worden.

Wälderpatrolle mit der Schweiz. Es ist die Nachricht verbreitet worden, daß der rechtsrheinische Weg nach der Schweiz über Bad. Bad. Bf. gesperrt sei. Dies ist nicht richtig. Der Weg über die badische Staatsbahn ist offen. Nur der Verkehr mit Bad.-Elsassbahn ist gesperrt. Insofern müssen Eisenbahnen nach Basel entweder nach Bad.-Bad. Bahn oder nach Bad. Station der Schweizerischen Bundesbahnen, gerichtet werden.

1000 Zentner Butter. Vom Volkstat Karlsruhe wird uns geschrieben: Unter Vollziehungsbericht vom 18. Januar enthielt unter anderem die Mitteilung, der Verpflegungsausschuss habe bei der Brauerei Höpfer Karlsruhe 1000 Zentner Butter vorzulegen. Um der irigen Auffassung, als handle es sich hierbei um Butter, die durch Schmelzung oder sonst auf ungesunde Weise in den Besitz der Brauerei gekommen sei, entgegen zu treten, bemerken wir dazu folgendes: Die Butter gehört der Landesfiskale Baden und ist zur Verfertigung an die Bevölkerung aus den Beständen der Heeresverwaltung übernommen worden. Die Brauerei Höpfer hat der Landesfiskale lediglich die Lagerräume zur Aufbewahrung der Butter nachweislich überlassen. Ähnlich, wie sie auch an das Verpflegungsamt des 14. A. K. und an das Traktat-Depot mehrere tausend Quadratmeter zur Unterbringung von Kriegsmaterial vermietet hat.

Unter den Arbeitern und Angestellten, die Kriegsteilnehmer waren, besteht vielfach die irige Meinung, daß sie ihres Rechtes auf WiederEinstellung verlustig gehen, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern oder für den Grenzschutz anwerben lassen. Es ist aber in den Verordnungen über die WiederEinstellung Entlassung und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Ein Verein der Kaffeekausbesitzer von Karlsruhe und Umgegend. Auf Einladung des Herrn Borchers versammelten sich Montag nachmittags im „Moninger“ die Inhaber der Karlsruher Kaffeekäuser zu einer Aussprache. Es wurde beschlossen, zwecks Wahrung der vom übrigen Wirtschaftsbereich abweichenden Interessen einen Verein zu gründen. Dieser wurde zunächst als Kolonverein gebildet, doch wird alles versucht werden, daß baldmöglichst ein Badischer Landesverband zustande kommt. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine Versammlung sämtlicher badischer Kaffeekausbesitzer nach Karlsruhe einberufen werden. Es sind in nächster Zeit wichtige Fragen zu lösen, vor allem die Angelegenheiten über die WiederEinstellung der Entlassenen und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich bestimmt worden, daß auch die im Heimats- oder Grenzgebiet Verwendeten das Recht auf WiederEinstellung erhalten und es nach ihrer Entlassung aus dem Heimats- oder Grenzgebiet geltend machen können. Aus der Befürchtung, sein Recht auf WiederEinstellung zu verlieren, braucht also niemand den Eintritt in die Formmationen des Heimats- oder Grenzgebietes zu scheuen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 30. Jan. Vom Konzerthaus (Landestheater) wird uns geschrieben: Für die Sonder-Vorstellung „Königlicher“ am Sonntag, den 2. Februar d. J., ist Albin S w o b o d a vom Landestheater Stuttgart, der in der letzten Aufführung dieses Wertes im Stadt-Konzerthaus einen so ausgezeichneten Erfolg erlangt, wiederum als Gast gewonnen worden.

Karlsruhe, 30. Januar. Die badische vorläufige Volksregierung hat beschlossen, den ordentlichen Professor der Geometrie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe Dr. Hans Maltesmann seinem Ansuchen entsprechend mit Wirkung vom 1. April d. J. aus dem staatlichen Dienste zu entlassen.

Vermischtes.

Berlin, 30. Jan. Die Nationalversammlung der technischen Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn nahm mit überwiegender Stimmenmehrheit den Spruch des Einigungsamtes an. Bereits in der Nacht haben die verschiedenen Schichten der technischen Angestellten in den Betriebsbahnhöfen und Werkstätten die Arbeit wieder aufgenommen.

Amsterdam, 30. Jan. Allgemeines Handelsblad zufolge melden die Times aus Sydney den Ausbruch der Grippeepidemie in Australien. Die Theater, Kinos und Schulen sind geschlossen. Das Volk verläßt die Stadt und sucht Zuflucht auf dem Lande.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Geburten. 24. Jan.: Elise Julchen, Vater Otto Margwald, Beschäftigter Alfred Johann, Vater Johann Wittmer, Weber; Rudolf Axel Ferdinand, Vater Franz Loh, Schneider; Ernst Gustav, Vater Gustav Sch. Müller. — 25. Jan.: Günther Karl Ludwig, Vater Rich. König, Kaufmann. — 26. Jan.: Simon Wilhelm Wilhelm, Vater Rich. König, Kaufmann; Elisabeth, Vater Ernst Mecklinger. — 27. Jan.: Ruth, Vater Ludwig Reubmeyer, Postkutschmann; Franz Albert, Vater Albert Wittmer, Gastwirt. — 28. Jan.: Gerwin, Vater Rich. König, Submann. — 29. Jan.: Veria Rehe, alt 66 Jahre, Witwe von Joh. Rehe, Landwirt. — 30. Jan.: Axel Reimer, lebend, Beschäftigter, alt 64 Jahre; Axel Rehe, Obermann, Erbschwerer, alt 78 Jahre; Anonia Steinhilber, alt 81 Jahre; Witwe von Carl Steinhilber, Oberlehrer; Julie Sch. alt 62 Jahre; Helmut von Geseck, Vater; Rudolf Gahn, Drechselstiller, alt 18 Jahre; Karl Reimer, lebend, Kaufmann, alt 75 Jahre. — 31. Jan.: Veria Rehe, alt 66 Jahre, Witwe von Joh. Rehe, Landwirt. — 30. Jan.: Axel Reimer, lebend, Beschäftigter, alt 64 Jahre; Axel Rehe, Obermann, Erbschwerer, alt 78 Jahre; Anonia Steinhilber, alt 81 Jahre; Witwe von Carl Steinhilber, Oberlehrer; Julie Sch. alt 62 Jahre; Helmut von Geseck, Vater; Rudolf Gahn, Drechselstiller, alt 18 Jahre; Karl Reimer, lebend, Kaufmann, alt 75 Jahre. — 31. Jan.: Veria Rehe, alt 66 Jahre, Witwe von Joh. Rehe, Landwirt. — 30. Jan.: Axel Reimer, lebend, Beschäftigter, alt 64 Jahre; Axel Rehe, Obermann, Erbschwerer, alt 78 Jahre; Anonia Steinhilber, alt 81 Jahre; Witwe von Carl Steinhilber, Oberlehrer; Julie Sch. alt 62 Jahre; Helmut von Geseck, Vater; Rudolf Gahn, Drechselstiller, alt 18 Jahre; Karl Reimer, lebend, Kaufmann, alt 75 Jahre.

Wasserstand des Rheins.

Schifferzell, 29. Jan., morgens 6 Uhr, 1,15 m (29. Jan. 1,25 m). Kehl, 30. Jan., morgens 6 Uhr, 2,12 m (29. Jan. 2,30 m). Mannheim, 30. Jan., morgens 6 Uhr, 3,58 m (29. Jan. 3,94 m). Karlsruhe, 30. Jan., morgens 6 Uhr, 2,96 m (29. Jan. 3,11 m).



Ausgabe von Zivilanzügen für entlassene Heeresangehörige.

Die Heeresverwaltung erstattet täglich Sonderbeihilfen aus dem Heereskassenfonds für entlassene Heeresangehörige...

Lebensmittelmarken.

Für verschiedene Lebensmittel sind Marken eingeführt worden, die den Konsumenten vor Verfälschungen schützen...

Obstverteilung.

Am 30. Januar 1919 ab in den Obstverteilungsgeschäften...

Versteigerung.

Am 30. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, beginnt die Versteigerung des Grundbesitzes...

Deutsch-nationale Volkspartei.

Christliche Volkspartei in Baden. Donnerstag, den 30. Januar 1919, nachmittags fünf Uhr...

Begrüßungsfeier.

Zu Ehren unserer Abgeordneten, verbunden mit gefelliger Unterhaltung.

Bolschirchliche Vereinigung.

am Freitag, den 31. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr...

Artillerie-Bund St. Barbara Karlsruhe.

Am Sonntag, den 2. Februar nachm. 3 Uhr, findet im Vereinslokal...

Begrüßung der zum Heeresdienst eingezogenen Kameraden.

Wir erlauben uns herzlichst und herzlichst begrüßen die Kameraden...

Reparaturen.

An Schreibmaschinen, Grammophonen und sonstigen Apparaten werden schnell und gut ausgearbeitet...

Irma Fels Willk Thoma.

besuchen sich ihre Verlobung anzuzugehen. Karlsruhe (Baden) Münsingen (Wittbg.)

Städtisches Konzerthaus zu Karlsruhe.

Donnerstag, den 30. Januar 1919. Vorstellung des Bad. Landesopertheaters.

Was ich noch im Flügelmantel.

Ein festliches Spiel in vier Aufzügen von Albert Neum und Maxim Freyler.

Voranzeige! Waldow Loretto kommt am 1. Februar ins B6053 Kaffee Erbprinz.

P. T. Palast-Lichtspiele. Nur noch 2 Tage! Bernd Aldor.

der Liebling der Frauen in seinem neuesten Filmwerk Die tolle Heirat von Lalo.

Resel Orla „Arme Lena“ Tragikomödie in 4 Akten.

Luxem-Lichtspiele. Kaiserstr. 168. Telefon 3925. Nur noch 2 Tage.

Die im Herzen Liebe tragen. Ein Liebesroman in 4 Akten.

Hanni Weisse in ihrem neuesten Film Der 1918.

Versicherungsmodell Lustspiel in 4 Akten. Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Empfehlung. Aus dem Felde zurück empfehle ich im Interesse der Kaufleute...

Waldow Loretto. Waldow Loretto kommt am 1. Februar ins B6053 Kaffee Erbprinz.

P. T. Palast-Lichtspiele. Nur noch 2 Tage! Bernd Aldor.

Luxem-Lichtspiele. Kaiserstr. 168. Telefon 3925. Nur noch 2 Tage.

Die im Herzen Liebe tragen. Ein Liebesroman in 4 Akten.

Hanni Weisse in ihrem neuesten Film Der 1918.

Versicherungsmodell Lustspiel in 4 Akten. Letzte Vorstellung abends von 8-10 Uhr.

Empfehlung. Aus dem Felde zurück empfehle ich im Interesse der Kaufleute...

Waldow Loretto. Waldow Loretto kommt am 1. Februar ins B6053 Kaffee Erbprinz.

Leb. Hühner. Prima weißer gewässerter Stockfisch Pfd. 1.60.

Stockfisch-Abfall (kleine Stücke) Pfd. 80. Prima Sauerkraut Pfd. 33.

Geschw. Knopf. Laute. Piano. Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

St. Kinderbeistelle. Weich gefüllt zu verkaufen. Eisenweilr. 33 II, r. 2.

Bin Musikinstrument. mit Stahlplatten u. ein Orchester mit Baßes, beide mit 10 Rg. Wind...

Defen. 2 rische Runderöfen, je 400 cm Heißkraft, neu mit Ofenrohr verkauft.

E. Weiser, Lentersbergstraße 16. 1453, 3, 2. 2 Klaviere, 1 Klavier zu verkaufen.

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...

Zu verkaufen: 2 Klaviere, mittl. Alters und Schönes, schön u. gut l. Zustand...



